

Joannes Mohr  
Rundbrief Nr. 8 - März 2008

Liebe Unterstützer,  
in diesem März-Rundbrief werde ich neben verschiedenen Kleinigkeiten auf das wichtigste Ereignis im politischen Alltag Chinas, der zweiwöchigen Tagung des Nationalen Volkskongress und deren Inhalte zu sprechen kommen. Außerdem werde ich kurz die Wahlen in Taiwan streifen und die Ereignisse in der Autonomen Region Tibet zusammenfassen und Unterhaltungen mit Kollegen und Freunden zu diesem Thema einbinden.

06.03.08

Vergangenes Wochenende unternahm ich nach längerer Pause einmal wieder einen Tagesausflug nach Nanjing. An sich nichts Besonderes, wenn man nicht den Vergleich des Stadtteiles Fuzimiao, dieses Jahr und letztes Jahr ziehen würde. Da Nanjing mit seinen ca. 6 Millionen Einwohnern recht weitläufig ist, war ich zuletzt im Oktober in dem Stadtteil Fuzimiao. Dieser unterscheidet sich durch seine (relativ) niedrige Bebauung, von dem als Zentrum geltenden Xinjiekou mit seinen Wolkenkratzern. Doch offensichtlich nicht mehr lange, denn bei genauem Hinsehen entdeckt man nicht nur an vereinzelt Häusern (wie etwa bei uns), sondern an ganzen Straßenzügen und Blocks das Schriftzeichen für „Abriss“. Eigentlich ist eine Baustelle (abgesehen von der immensen Größe) nichts Außergewöhnliches, erst recht nicht in China. Doch sind es Bilder wie diese, die erklären, warum man auch hier in Lishui nur wenig alte Gebäude sieht. Auch kann dieses einfache Beispiel, dieser Zyklus des Abreißen und Aufbauens einen Einblick in die chinesische Philosophie geben. Nebenbei gesagt ist es, in diesem Fall der Demontage von ganzen Straßenzügen, wenig schade um die Gebäude, welche höchstens 10 bis 15 Jahre alt geworden sind.

25.03.08

Jedes Frühjahr tagt für zwei Wochen der Nationale Volkskongress in Peking. Die Tagung des *Nationalen Volkskongress* und die parallel tagende *Politische Konsultativ Konferenz des chinesischen Volkes* stellen das wichtigste politische Ereignis in der VR China dar. Hier wird über Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Zielsetzungen für die folgenden Jahre beraten und abgestimmt. Auch werden Personalfragen während dieser zwei Wochen behandelt.

Im Mittelpunkt standen die Eindämmung der Inflation, Neustrukturierungen im politischen System und die Verjüngung in Spitzenämtern der Regierung. Dieses Jahr lag nicht nur das Wirtschaftswachstum mit über 11 % hoch, sondern auch die Inflationsrate lag mit 7 % weit höher als die angestrebten 3%. So formuliert auch Premier Wen Jiabao, dass "die aktuellen Preiserhöhungen und der Inflationsdruck die größten Anliegen der Menschen" darstellen.

Diesem Trend will die Regierung mit sozialen Reformen (Wiedereinführung der kostenlosen Bildung, Krankenversicherungen, Arbeitssicherheit) und dem Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ entgegen treten.

Zu Neuerungen im politischen System gehört die Schaffung von fünf Ministerien, welche aus Zusammenlegungen bestehender Ministerien und der Aufwertung der Umweltschutzkommission zu einem Ministerium hervorgehen. Von besonderer Bedeutung sind hierbei das neue Energieministerium und das Umweltministerium, welche durch ihren Status mit weit reichenden Vollmachten für eine effizientere Energienutzung und das Bekämpfen von Umweltschäden zuständig sind.

Für Aufsehen sorgte auch die neue Denkschrift „Der Sturm der Festung: Ein Forschungsbericht über Chinas politische Systemreform nach dem 17. Parteitag“, welche bereits im Februar veröffentlicht wurde und von zwei leitenden Professoren, dem höchsten Bildungsorgan der Partei, welche direkt dem ZK untersteht, der Parteischule in Peking, heraus gegeben wurde. In diesem Bericht fordern die Autoren eine klare Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative, Wahlen zum Volkskongress und die Pressefreiheit als unaufhaltsamen Trend zur Bekämpfung der Korruption. Eine zweite Parlamentskammer soll Funktionen ähnlich dem Senat in den USA ausüben. So soll bis 2020 eine „moderne Zivilgesellschaft“ und in folgenden Jahren eine „reife Demokratie“ entstehen.

Nun komme ich zu den Ausschreitungen in Lhasa, welche sich teilweise auf benachbarte Provinzen ausweiteten. Da ich bereits in meinem September-Rundbrief einen kleinen Überblick über dieses Thema gegeben habe, werde ich nun wiedergeben, was in Gesprächen mit Freunden und Kollegen zu den aktuellen Geschehnissen gefallen ist. Auch werde ich verschiedene Pressestimmen, chinesischer Seite und westlicher Medien in diese Wiedergabe der Gespräche einweben, da meiner Meinung nach vor allem deutsche Medien ein recht einfaches und einseitiges Bild der Lage zeichnen.

Nachdem ich am Freitag den 14.03. in der New York Times (NYT), erste Meldungen von Demonstrationen in Lhasa und Nepal gelesen hatte, wurde ich am Samstag von einem Freund gefragt, ob ich schon in der Zeitung gelesen hätte, was sich gerade in Lhasa ereignete. Auf meine Frage, aus welcher Zeitung er von den Ereignissen wüsste, war die Antwort, chinesische Zeitungen. Zwar rangierten die Meldungen

noch nicht auf den Titelseiten, jedoch waren auch auf den Onlineseiten der englischsprachigen Zeitungen ‚China Daily‘ und ‚People’s Daily‘ die ersten Meldungen über Unruhen im Westen Chinas.

Dies änderte sich jedoch zur nächsten Woche, von nun an waren die Geschehnisse das beherrschende Thema, sowohl in den chinesischen, als auch westlichen Medien. Eine der ersten Auffälligkeiten war, dass entgegen aller Behauptungen verschiedener westlicher Medien, selbst im schulinternen Internetnetzwerk sich alle Medienportale (wie beispielsweise die BBC, CNN, VOA, The Guardian, The Times, The Economist, The New York Times,...) lesen, hören bzw. sehen ließen. Hier waren vor allem die Augenzeugenberichte von Touristen interessant, welche Dinge berichteten, die schnell von einer internationalen Sympathiewelle mit dem „Popstar“ (FAZ, Süddeutsche Zeitung) Dalai Lama verdrängt wurden.

Auch schienen die internationalen Medien den Fokus überwiegend auf die „Niederschlagung“ der Proteste zu legen. Dass ganze Straßenzüge in Lhasa verunstaltet wurden, Geschäfte samt ihren Besitzern abgebrannt wurden, ein Krankenhaus angegriffen und Passanten (welche aussahen wie Han-Chinesen oder Angehörige der anderen Minderheit in Tibet der Uiguren!) wahllos mit Steinen, Eisenstangen und Messern angegriffen wurden, erhielt nur selten Einzug in die deutsche Presse. Ebenso die Verwüstung einer Schule und den Angriff auf eine Polizeistation mittels Benzinbomben in der Provinz Gansu.

Auf die Frage eines Kollegen, was die deutsche Regierung bei ähnlichen Auseinandersetzungen in Deutschland machen würde, lässt sich Tränengas, wie es hier eingesetzt wurde, wohl als ein Mittel vermuten (siehe auch; tagesschau Chat vom 18.03. mit Prof. Sandschneider).

Entgegen den Behauptungen seitens Exiltibeter, haben nicht nur Touristen, sondern auch tibetische Mönche berichtet, dass die Polizei nicht auf Demonstranten geschossen habe. (Georg Blume, taz und ZEIT Korrespondent; The Economist, The Times)

Doch dies war nicht die einzige Frage, die mir in den vergangenen Wochen gestellt wurde. Eine weitere Frage von verschiedenen Kollegen war, um was für Zeitungen und Sender es sich bei der BILD, RTL, n-tv und anderen handelte.

Denn neben der oft flachen Berichterstattung, wurde bald die falsche Verwendung von Bildmaterial bei verschiedenen, überwiegend deutschen Presseagenturen festgestellt. So wurden Bilder und Filmaufnahmen von Polizeieinsätzen bei Demonstrationen in Indien und Nepal als Einsätze chinesischer Sicherheitskräfte verbreitet. Bilder von angegriffenen Passanten, welche von Polizei und Sanitätern gerettet wurden, als Festnahmen dargestellt. Zusätzlich wurden Bilder geschnitten,

sodass man lediglich einen Konvoi chinesischer Sicherheitskräfte sieht, jedoch nicht eine Gruppe steinwerfender Tibeter.

Die CNN, n-tv, RTL, BILD, Berliner Morgenpost und anderen haben sich zwar entschuldigt und die Fehlinformationen gegenüber China Daily bedauert, doch jeder sollte wissen, dass Bilder prägend sind und nicht eine, wenige Zeilen umfassende, Entschuldigung.

Bei vielen Chinesen, mit denen ich mich über die Auseinandersetzungen unterhielt, war oft ein ratloses Unverständnis (oder Verwirrung) für diese Verwüstung, welche dutzende Unbeteiligte das Leben kostete, zu finden. So fragen sich viele, was die Mönche oder Exiltibeter bezwecken wollen. Die Mönche werden vom Staat bezahlt und leben immerhin so unberührt in ihren Klöstern, dass sie derartige Proteste organisieren bzw. anstoßen können.

Vor 1950 lebte die Mehrheit der Tibeter als Leibeigene oder Sklaven, mit einer Lebenserwartung von 35 Jahren, unter einem theokratischen Regime, in welchem weltliche Herrschaft und religiöses Oberhaupt in der Person des Dalai Lama vereinigt waren. Zu jener Zeit waren über 90 % der tibetischen Bevölkerung Analphabeten, heute lernen tibetische Kinder Tibetisch, Chinesisch und Englisch (siehe: A. Piech in Weltwoche 12/08).

Argumente wie diese, welche Kollegen mir aufgelistet haben, sind keineswegs aus der Luft gegriffen und lassen bei manchen den Verdacht aufkommen, dass es hier lediglich um Macht geht.

Als ich zusammen mit einem Kollegen die Aufnahmen von den Ausschreitungen bei „youtube“ sah, war dessen Betroffenheit deutlich zu merken und endete ebenfalls mit ratlosen Fragen und der Bemerkung „dann lasst sie doch machen“ (vgl. September-Rundbrief).

Abschließend lässt sich sagen, dass nicht nur die chinesische Regierung, welche bei diesem Thema 95 % aller Chinesen hinter sich weiß, sondern sich auch die „gewöhnlichen“ Chinesen von vielen Seiten ungerecht behandelt fühlen und sowohl Tibet als auch Taiwan als eine interne Angelegenheit betrachten.

Meine persönliche (kurze) Stellungnahme zu diesem Konflikt ist, dass es ein zu vielschichtiges Thema ist um ein einfaches Schwarzweißbild zu zeichnen. Man sollte die Position Pekings kennen und ein offenes Ohr für beide Seiten haben, um ein ausgewogenes Bild von der Situation zu bekommen. Nur so besteht auch Hoffnung auf eine Lösung des Konflikts.

Nun komme ich zu den Wahlen auf Taiwan, welche durch die Ereignisse in Tibet nur vergleichsweise wenig Beachtung fanden.

Da ich bereits in meinem ersten Rundbrief einen Überblick über das Thema Taiwan gegeben habe, werde ich lediglich die wichtigsten Dinge zusammenfassen.

Mit der Wahl Ma Ying Jeou, Kandidat der Nationalisten (Guomindang), zum Präsidenten Taiwans, dürfte eine deutliche Erleichterung seitens Peking und Washington verbunden sein.

So konnte sich die Guomindang, eine Partei, welche Taiwan (oder der offizielle Name ‚Republik China‘) früher mit Gewalt regierte, mit einem Vorsprung von 17 % gegenüber der Demokratischen Fortschrittspartei durchsetzen. Diese hatte sich mit ihrem ehemaligen Präsidenten Chen Shui-bian, welcher durch seine Unabhängigkeitsbestrebungen zunehmend als Unruhefaktor in der gesamten Region gewertet wurde, die Gunst des Wählers verloren. Ma Ying Jeou tritt für einen gemeinsamen Markt und einen Friedensvertrag mit dem Festland China ein und damit für eine Verbesserung der Beziehungen mit Peking. Auch sollen Direktflüge zwischen dem Festland und Taiwan aufgenommen werden und die Einreise für chinesische Touristen erleichtert werden.

Nach diesem ereignisreichen Monat schließe ich diesen Rundbrief mit ein paar Kleinigkeiten aus Lishui.

Da es nun endgültig Frühling wird, ist seit dem 23.03. nun wieder die allgemeine Pflicht des Tragens der Schuluniform eingesetzt. Diese wurde während des Winters ausgesetzt, da die Trainingsanzüge (Schuluniformen) nicht den Wetterbedingungen entsprachen. Mit dem Wiedereinsetzen der Schuluniformpflicht fanden am Montag auch Kontrollen zur Einhaltung der Schulregeln statt. So musste ich beispielsweise meinen Unterricht für einen Moment aussetzen, da eine Gruppe aus Schulleitung und Lehrern die Klassen inspizierte. Besondere Aufmerksamkeit galt den Frisuren von Schülern, hier müssen die Ohren frei sein und das Haar darf nicht in die Stirn fallen. Was zur Folge hatte, dass man in den vergangenen Tagen überwiegend Schüler in den zahlreichen Friseursalons sah, welche einen neuen Haarschnitt verpasst bekamen.

Eine weitere kleine Veränderung ist, dass das neue Xinjiang Restaurant nahe der Schule nun seinen Besitzer gewechselt hat. So wurde dieses Straßenrestaurant mit landestypischer Kost aus dem fernen Westen Chinas, anfangs von einem jungen Ehepaar und Angestellten (Verwandten), welche wohl alle um die 20 Jahre alt waren, aus Lanzhou geführt. Letzte Woche traf ich jedoch die Besitzer des Restaurants auf der Landstrasse nach Changshu. Das Restaurant in Lishui sei verkauft und sie würden ein neues Restaurant in Changshu aufmachen, wo Verwandte seiner Frau

wohnen. Die neuen Besitzer der Restaurants hier, seien ebenfalls Verwandte aus Lanzhou, welche nun nachgezogen sind.

Mit freundlichen Grüßen  
Johannes Mohr